

Liebe Kollegin, lieber Kollege, sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

- die große Koalition in Berlin will das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen (Rente mit 67)
- die große Koalition will das Altersteilzeitgesetz nicht verlängern
- die große Koalition will eine Gesundheitsreform, die für die Versicherten höhere Beiträge bedeutet

Das Ziel dieser Politik ist es, die Arbeitgeber finanziell nicht zu belasten. Kostensteigerungen sollen abhängig Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner tragen. Hohe Gewinne der Unternehmen führen jedoch nicht zu mehr Arbeitsplätzen. Stattdessen werden die noch reicher, die es schon jetzt im Überfluß haben.

Von dieser Art unsozialen Politik haben wir genug!

- Wir wehren uns gegen das Berliner Rentenkürzungsprogramm.
- Wir wollen eine soziale und gerechte Rente: Alle sollen bezahlen.
- Wir brauchen auch zukünftig ein Altersteilzeitgesetz, damit ältere Kolleginnen und Kollegen ausscheiden und jüngere eingestellt werden können.
- Statt Gesundheitsfonds und Schonung der privat Versicherten brauchen wir eine Bürgerversicherung, an der sich alle beteiligen.
- Und für Beschäftigte mit den niedrigsten Einkommen muss ein Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde her.

**Deshalb rufen wir zur Teilnahme an der Kundgebung
gegen eine Rente mit 67 und für den Erhalt des
Sozialstaates auf.**

**RENTE MIT 67 – NEIN DANKE!
FÜR EINEN SOLIDARISCHEN SOZIALSTAAT!**

**Demonstration und Kundgebung
am 24. Februar 2007**

**11.00 Uhr Sammelplatz am ZOB Hannover – Demozug
11.30 Uhr Kundgebung vor dem Landtag**

Wir rufen gemeinsam auf:

Deutscher Gewerkschaftsbund Region Niedersachsen-Mitte und
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Niedersachsen-Bremen



ES GIBT ALTERNATIVEN!

Das will die große Koalition durchsetzen:

Rente mit 67: Ab 2012 wird das gesetzliche Rentenalter bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben.

Abschläge: Wer vorzeitig gehen will, muss Abschläge in Kauf nehmen. Frühestens ist das mit 63 möglich (heute noch 62). Betroffen sind Beschäftigte ab Jahrgang 1947 und jünger.

Altersteilzeit: Das Altersteilzeitgesetz läuft 2009 aus.

Erwerbsminderung: Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Rente wird von heute 63 auf 65 angehoben.

Schwerbehinderte: Die Altersgrenze wird von 63 auf 65 angehoben. Vorzeitig Aussteigen geht erst ab 62 Jahren statt bisher mit 60. Dafür gibt's einen Abschlag von 10,8 %.

Witwen- und Witwerrente: Die Altersgrenze steigt von 45 auf 47 Jahre.

Beitrag: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung steigt 2007 auf 19,9 % (und soll bis 2020 20 Prozent nicht übersteigen).

Was heißt Rente mit 67?

Rente mit 67 bedeutet: Die Gesundheit älterer Beschäftigter wird noch stärker strapaziert. Schon heute erreichen die wenigsten das derzeitige Renteneintrittsalter von 65 Jahren.

Rente mit 67 bedeutet: Zusätzliche Abschläge für alle, die früher ausscheiden – 7,2% beispielsweise für jene, die mit 65 in Rente gehen. Für viele wäre damit Altersarmut programmiert.

Rente mit 67 bedeutet: Mehr Druck zu mehr privater Vorsorge der Versicherten um sich früheres Ausscheiden leisten zu können.

Rente mit 67 bedeutet: Geringere Beschäftigungschancen für ausgelernte Auszubildende und für Erwerbslose, also mehr Arbeitslose.

Rente mit 67 bedeutet: Arbeitgeber sparen Beiträge, die sie in Zukunft möglicherweise zahlen müssten, wenn es bei der Rente mit 65 bliebe. Dagegen müssen die Arbeitnehmer das, was sie an Beiträgen sparen, in zusätzliche Altersvorsorge investieren, die sie allein bezahlen.

»In 25 Jahren wird jeder zweite Rentner eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen.« So der Renten»experte« Prof. Meinhard Miegel.

Rente mit 65 bleibt: Die Regelaltersgrenze von 65 Jahren soll beibehalten werden.

Ausstieg vor 65: Es muss weiterhin flexible Möglichkeiten geben, schon vor 65 aus dem Arbeitsleben auszuscheiden.

Altersteilzeit: Das Altersteilzeitgesetz das 2009 ausläuft, muss verlängert oder durch eine vergleichbare Regelung ersetzt werden.

40 Jahre Arbeit ohne Abschläge: Nach 40 Versicherungsjahren sollte es einen Rentenbeginn ohne Abschläge geben.

Alle zahlen ein: Es sollte eine Erwerbstätigenversicherung geben. Das bedeutet, Selbständige, Freiberufler, Politiker und Beamte werden schrittweise in diese gesetzliche Rentenversicherung einbezogen und an der Finanzierung beteiligt. Auch Minijobber sollen zukünftig einzahlen und rentenversichert werden.

Beitragserhöhung kein Tabu: Eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte würde die Rente mit 67 überflüssig machen.

Erwerbsminderung: Kranke sollten leichter Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge erhalten.

Gesündere Jobs: Alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung muss Schwerpunkt werden. Das heißt frühzeitige Prävention in der Arbeitswelt, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Förderung von Vorhaben altersgerechter Arbeitsgestaltung.